



Burkard Dregger MdB

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN
INNENPOLITISCHER SPRECHER DER CDU-FRAKTION

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Herrn Michael Müller
Berliner Rathaus
10178 Berlin

Berlin, 15.06.2017

Gründung des Instituts für Islamische Theologie an der HU-Berlin

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister und Wissenschaftssenator,
sehr geehrter Herr Müller,

wir freuen uns, dass die von der CDU angestoßene und in unserem Koalitionsvertrag 2011 vereinbarte Etablierung der Islamischen Theologie unter dem Dach der Humboldt-Universität zu Berlin voranschreitet.

Uns kam es von Anfang an darauf an, dass angesichts der fehlenden repräsentativen Strukturen des Islam die Vielfalt islamischer Glaubensrichtungen und Traditionslinien und insbesondere die liberalen Strömungen in das entstehende Institut eingebunden werden.

Genau dies geschieht derzeit aber nicht. Der im Berliner Eckpunktepapier geplante theologische Beirat trägt der Pluralität des Islam nicht Rechnung. Besonders kritikwürdig ist, dass ausschließlich traditionell-konservative Islam-Verbände für eine Mitgliedschaft im Beirat vorgesehen sind, nicht hingegen Vertreter liberaler Strömungen. Hinzu kommt, dass diese falsch angelegte Struktur auch noch durch die Regelungen in Ziffer 4.1.2 des Eckpunktepapiers zementiert wird, wonach die fünf traditionell-konservativen Verbände über die Stimmenmehrheit im Beirat verfügen und ohne ihre Zustimmung andere Verbände nachträglich nicht aufgenommen werden können.

Die Planungen des Senats schließen die liberalen Strömungen innerhalb des Islam aus und werden so die ohnehin monopolisierte Stellung des traditionell-konservativen Islam in Berlin

und Deutschland weiter zementieren, was angesichts der großen Chance, die uns die Neugründung eines Islamischen Instituts in der Hauptstadt bietet, fatal wäre.

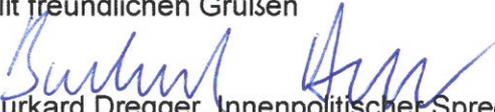
Dies wäre ein großer Fehler auch vor dem Hintergrund, dass die in dem Eckpunktepapier genannten islamischen Verbände zum Teil in verfassungsmäßig problematische Gefüge eingebunden sind.

Wir wollen das von uns gemeinsam angestoßene Projekt zu einem Erfolg bringen, deshalb erfolgt unsere Intervention im Interesse der Sache. Deshalb fügen wir Ihnen unseren bisherigen – nicht-öffentlichen - Schriftverkehr diesem Schreiben bei. Diesem können Sie entnehmen, dass wir bereits seit über zwei Jahren versuchen zu erreichen, dass die liberalen Strömungen berücksichtigt werden. Unsere Bedenken zur Beiratsbesetzung haben wir Herrn Staatssekretär Krach und Frau Professorin Kunst schriftlich und in persönlichen Unterredungen wiederholt eindringlich vorgetragen. Da sie nicht ansatzweise berücksichtigt worden sind, sehen wir uns nunmehr gezwungen, den Weg dieses offenen Briefes zu gehen.

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, als Wissenschaftssenator tragen Sie die politische Verantwortung und die Ressortverantwortung. Bitte korrigieren Sie jetzt die falsch angelegten Pläne für den Beirat.

Dazu schlagen wir Ihnen vor, aus dem Berliner Spektrum der organisierten Muslime das „Muslimische Forum Deutschland e.V.“ und den „Liberal Islamischer Bund e.V.“ am Beirat zu beteiligen, um auch liberalen Muslimen eine Stimme zu verleihen. Außerdem befindet sich derzeit die „Ibn Rushd-Goethe Moschee“ der Rechtsanwältin und Autorin Frau Seyran Ates im Aufbau, die eingebunden werden sollte. Des Weiteren sollten der Fachverband für Islamische Theologie „Deutsche Gesellschaft für Islamisch-Theologische Studien“ (DEGITS) sowie verbandsunabhängige Theologen mit spezifischen, bisher nicht berücksichtigten Schwerpunkten wie auch Islamexperten (Personen des öffentlichen Lebens mit muslimischer Zugehörigkeit) eingebunden werden. Die Beiratszusammensetzungen in den bereits bestehenden, vom BMBF-geförderten Standorten gestaltet sich recht unterschiedlich, auch vor diesem Hintergrund halten wir eine vielseitige Besetzung, in gewisser Weise einen „Berliner Weg“, für angezeigt.

Mit freundlichen Grüßen


Burkard Dregger, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion


Hildegard Bentele, Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion


Dr. Hans-Christian Hausmann, Wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion